

Verwaltung

Herr Jakob Bergen

Frau Gisela Krutwage

Herr Jörg Leesemann

Herr Olaf Lewald

Herr Aiko Linnenbürger

Herr Simon Löwenstein

Herr Ingo Nürnberger

Frau Elke Riemann

Herr Sven Schloemann

Büro für Sozialplanung

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Stab Dezernat 5

Amt für Verkehr

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Fraktionsreferent CDU-Fraktion

Erster Beigeordneter Dezernat 5

Stab Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -



Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und erklärt, dass die Einladung und Tagesordnung fristgerecht zugegangen seien und dass das Gremium beschlussfähig sei. Es sei Pairing zwischen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der CDU-Fraktion vereinbart.

Zur Tagesordnung informiert Vorsitzende Frau Gorsler die Ausschussmitglieder über einen Antrag zu TOP 1 „Einführung eines „Deutschlandticket sozial“ zum 01.02.2024“. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 04.01.2024 sei im Informationsportal eingestellt. Zudem gebe es zum Thema eine Petition des VCD, die in Papierform ausliege. Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Einführung eines „Deutschlandticket sozial“ zum 01.02.2024

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 7261/2020-2025 und 7304/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger begründet kurz, warum die Entscheidung nicht durch eine Dringlichkeitsentscheidung getroffen werden könne und daher die Sondersitzung notwendig geworden sei.

Auf die Nachfrage zur Finanzierung antwortet Erster Beigeordneter Herr Nürnberger und erläutert, dass seit mehreren Jahren die bisherigen Sozialtickets mit einem Landeszuschuss i.H.v. 0,9 Mio. Euro und einem kommunalen Zuschuss von zuletzt 1,8 Mio. Euro finanziert wurden.

Der mit rd. 250 Tsd. Euro bezifferte monatliche Zuschuss werde bis zum 31.07.2024 aus diesen Finanzmitteln erbracht. Der Zuschussbedarf ergebe sich aus den erwarteten Nutzerzahlen und der voraussichtlichen Verteilung auf die verschiedenen Sozialticketarten. Jedes „DeutschlandTicket sozial“ benötige eine Subventionierung von 10 Euro, jedes „Bielefeld-Pass-Ticket“ oder „9-Uhr-Bielefeld-Pass-Ticket“ eine Subventionierung von rd. 30 Euro. Daher verringere sich die auf Basis der Finanzierungsvereinbarung zwischen der BBVG und moBiel zu berücksichtigende Erlösschmälerung auf voraussichtlich 610 Tsd. Euro.

Aufgrund der gestiegenen Anzahl der Berechtigten – allein die Zahl der Wohngeldberechtigten habe sich verdoppelt – und der regelmäßigen Tarifanpassung zum 01.08.2024 ergebe sich die Notwendigkeit der Evaluation im laufenden Jahr.

Herr Weber wünscht sich vor den Sommerferien einen Bericht zum Sachstand und den Finanzmitteln. Frau Beier bittet um eine gute Kommunikation gerade im Hinblick auf das Kündigungsverfahren und eine schnelle Einführung des Handytickets. Herr Hood begrüßt die Entscheidung und konkretisiert seine Erwartungen an den kommenden Bericht. Frau Rammert bedauert die Einführung dieses Tickets erst zum 01.02.2024. Da heute die Kündigungsfrist ende, regt sie an, dass bestehende Abos ohne Kündigung umgewandelt werden könnten. Herr Linnenbürger erläutert die Vorbereitungen für die Ticket-Einführung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Anregung zur Umwandlung werde er an moBiel weiterleiten.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache und lässt zunächst über den vorliegenden Änderungsantrag abstimmen:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion (7304/2020-2025):

Beschluss:

Die Verwaltung und moBiel werden beauftragt, in regelmäßigen Abständen über die Inanspruchnahme und die entstandenen Kosten zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über den entsprechend ergänzten Beschlussvorschlag zu Drucksache Nr.7261/2020-2025:

Abweichender Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Das „Deutschlandticket sozial“ wird ab dem 01.02.2024 zu einem Preis von 39 € für folgenden Berechtigtenkreis angeboten:
 - a. Bielefeld-Pass-Berechtigte
 - b. Empfänger*innen von laufenden Leistungen der Kriegsopferfürsorge
2. Das bereits bestehende Angebot der Bielefeld-Pass-Tickets bleibt unverändert bestehen.
3. Der Ausgleich der Preisdifferenzen mit moBiel erfolgt für alle Sozialticketvarianten aus Landesmitteln, städtischen Haushaltsmitteln der Produktgruppe 11.05.02.05 sowie der Berücksichtigung von Erlösschmälerungen im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung zwischen der BSVG und der moBiel.
4. Es ist sicherzustellen, dass der Haushalt 2024 nicht über die bisherigen Planungen hinaus belastet wird.
5. **Die Verwaltung und moBiel werden beauftragt, in regelmäßigen Abständen über die Inanspruchnahme und die entstandenen Kosten zu berichten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Sitzung um 16:19 Uhr.

Gez.
Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Gez.
Britta Zimmermann
(Schriftführung)